



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Doris Rauscher, Anna Rasehorn, Ruth Waldmann, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Holger Griebhammer, Sabine Gross, Ruth Müller, Katja Weitzel SPD**

Kostendeckende Finanzierung von Ganztagsangeboten in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Staatsregierung hat sich den Ausbau der Ganztagsangebote an Schulen zum Ziel gesetzt. Ab 2026 gilt zudem der bundesweite Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule. Doch bereits jetzt zeichnet sich ab, dass die Finanzierung sowohl der offenen Ganztagschulen als auch des sogenannten Kooperativen Ganztags an den Grundschulen (KOGA), der den künftigen Rechtsanspruch erfüllt, nicht ausreicht.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- eine kostendeckende Finanzierung für die offenen Ganztagsangebote sowie für den kooperativen Ganztags (KOGA) in den Grundschulen bereitzustellen, die die Tarif- und Kostensteigerungen abbildet,
- dafür die Förderung im Voraus für das kommende Schuljahr und einmal nach den Tarifsteigerungen des laufenden Jahres anzupassen und
- vor allem in ländlichen Gebieten die Mindestteilnehmerzahl einzelner Gruppen herabzusetzen, wenn ansonsten das Angebot insgesamt gefährdet ist.

Begründung:

Die Staatsregierung hat sich den flächendeckenden und bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsangeboten zum Ziel gesetzt. Dieser stelle, so das Staatsministerium für Unterricht und Kultus, einen wesentlichen Beitrag zur zukunftsorientierten Weiterentwicklung des bayerischen Bildungswesens dar. Es ermögliche nicht nur eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern und Erziehungsberechtigte, sondern trage auch zu mehr Chancengerechtigkeit und individueller Förderung für die Schülerinnen und Schüler bei. In der Realität wird die Finanzierung der offenen Ganztagsangebote immer schwieriger. Im laufenden Schuljahr entsteht bei offenen Ganztagsangeboten eine große Finanzierungslücke:

Die Budgets für die einzelnen Schularten steigen im Schuljahr 2023/2024 um maximal 1,5 Prozent an, die Gehälter um insgesamt 11,1 Prozent (Tarifsteigerung und Sonderzahlungen). Das bedeutet, dass die Träger nicht mehr kostendeckend arbeiten können und ihre Angebote einschränken müssen. Die Stunden werden um bis zu 10 Prozent gekürzt, was für die Mitarbeitenden bedeutet, dass es bei hoher Arbeitsbelastung faktisch keine Gehaltserhöhung gibt. Das ist kontraproduktiv in einem Arbeitsbereich, der ohnehin unter Personalmangel leidet und gefährdet sowohl den bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsangebote als auch deren Qualität. Das ist besonders im Hinblick auf

die Chancengleichheit ein verheerendes Signal. Auch die viel diskutierten PISA-Ergebnisse zeigen, dass alle Möglichkeiten der Förderung genutzt werden müssen. Dazu gehören gut ausgestattete Ganztagsangebote in jedem Fall.

Wie die Prognos-Studie „Ganztagsbedarf von Grundschulkindern in Bayern“ von 2023 im Auftrag der Staatsregierung ausweist, wünschen zwei Drittel der Eltern von Grundschulkindern einen Betreuungsplatz für ihr Kind. Davon hatten 5 Prozent keinen Betreuungsplatz, obwohl sie einen benötigten, weitere 6 Prozent verfügten über einen Platz, der aber nicht den erforderlichen Betreuungsumfang abbildete. Das bedeutet zwei Jahre vor Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule eine faktische Lücke von 11 Prozent. Das ist ein sehr schlechtes Vorzeichen für den erforderlichen Ausbau.

An einigen Schulen an kleineren Standorten ist zudem die erforderliche Gruppengröße ein Problem. Hier wäre mehr Flexibilität bei den Gruppengrößen notwendig, um das Ganztagsangebot zu erhalten. Familien in ländlichen Regionen haben in der Regel keine Alternative und sind auf das Angebot der örtlichen Schule angewiesen.